

Antrag Nr. 13-O-12-0040

Antrag der SPD-, CDU-Fraktion und Fraktion DIE LINKE

Betreff:

Fluglärmsituation in Erbenheim (SPD/CDU/LINKE)

Antragstext:

1. Der Magistrat wird um Stellungnahme gebeten, welche Möglichkeiten er sieht (und auch zu nutzen gedenkt), um die vom Betrieb des Frankfurter Flughafens ausgehende Lärmbelastung weiter zu reduzieren.
2. In der Wohnsiedlung Hochfeld ist für einen längeren repräsentativen Vergleichszeitraum (mindestens 3 - 6 Monate) eine weitere Messstation zu installieren, um eine noch bessere Erfassung und Auswertung der Fluglärmdata zu erreichen.
3. Zum Flugplatz Erbenheim (WAAF) erwartet der Ortsbeirat von Magistrat und Stadtparlament, dass sie sich zum Schutze der Wohnbevölkerung für eine weitgehende Einhaltung der Nachtruhe einsetzen und nicht klaglos alle Privilegierungen der US-Militärs durch das NATO-Truppenstatut hinnehmen.

Begründung:

Zu 1+ 2): In der letzten OBR-Sitzung am 14.05.2013 hat Frau Dr. Döll vom Umweltamt über die Mess-Ergebnisse der seit ca. 6 Monaten in Betrieb befindlichen Messstation am Erbenheimer Bürgerhaus referiert. Dabei wurde eindrucksvoll bestätigt, dass die ermittelten Lärmwerte außerordentlich hoch sind, die Nachtruhe (23 - 5 Uhr) keineswegs konsequent eingehalten wird und die Beschwerden der Bürgerschaft objektiv nachvollziehbar sind.

Deshalb bleibt es nach wie vor ein dringendes Anliegen die Lärmbelastung durch den Flugbetrieb des Frankfurter Flughafens durch Ausschöpfung aller technischen, rechtlichen und politischen Möglichkeiten weiter zu reduzieren. Hierzu erbitten wir uns eine regelmäßige Berichterstattung über erreichte Fortschritte und weiter angestrebte Verbesserungen.

Dabei bitten wir auch die in der Mai-Sitzung des OBR vom Umweltamt angesprochene Überlegung aufzugreifen durch eine weitere (zumindest periodisch installierte) Messstation in der Wohnsiedlung Hochfeld eine noch bessere Erfassung und Auswertung der Flugzeugdaten zu erreichen.

Zu 3): Bereits im März 2012 hatte der OBR Erbenheim - angesichts zunehmender Ausweitung des Flugbetriebs am Erbenheimer Flugplatz (WAAF) - eine Fortschreibung der bisher gültigen Vereinbarung über die Einhaltung der allgemeinen Betriebszeiten (täglich von 7 - 19 Uhr) gefordert.

Hierzu liegt uns bis zur Stunde keine abschließende Stellungnahme des Magistrates vor. Stattdessen wurde - wie der Wiesbadener Tagespresse dieser Tage zu entnehmen war - diese Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für

Immobilienangelegenheiten (BIMA) und den US-Streitkräften aufgehoben. Außerdem wurden zusätzliche Nachtflüge für Hubschrauber erlaubt, die in den Monaten Mai - August bis max. 2 Uhr dauern können.

Es mag ja sein, dass das NATO-Truppenstatut und evtl. Zusatzabkommen den Stationierungskräften grundsätzlich derartige Rechte einräumen. Wir haben aber erhebliche

Antrag Nr. 13-O-12-0040

Antrag der SPD-, CDU-Fraktion und Fraktion DIE LINKE

Zweifel, dass eine derart weitgehende Regelung militärisch zwingend notwendig und vollkommen „alternativlos“ sein soll. Auf jeden Fall haben wir nicht den Eindruck, dass die „Stadtregierung“ sich nachhaltig für die Lebens- und Wohnqualität ihrer Bevölkerung eingesetzt hat.

Uns mutet es schon paradox an, dass der BGH den Betreiber des Flughafens Frankfurt gerichtlich zur Einhaltung einer Nachtruhe von 23 - 5 Uhr verpflichtet, während die US-Streitkräfte ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung die Nacht zum Tage machen können. Wir lassen uns gerne davon überzeugen, dass die Stadtregierung sich bei unseren amerikanischen Freunden nachhaltig um eine deutlich bessere Regelung bemüht.

Wiesbaden, 13.06.2013

Reinhold Auth Marek